

teien allein im soz[ialistischen] Sektor an die Wand. Aug[ust Enderle] und ich verfochten mit Nachdruck die Parole der EP (also ganz kommt man um das Propagieren auch heute nicht herum). Freund Tranmæl verlangte sehr wirkungsvoll eine gemeinsame Willensäusserung d[er] Sozialisten und Gewerkschaftler.

Nr. 5

Die Friedensziele der demokratischen Sozialisten

März 1943¹

AAB: Internationale Gruppe demokratischer Sozialisten.

Mitglieder der Arbeiterbewegung aus einer Reihe von Ländern haben in Stockholm einen Arbeitskreis mit der Aufgabe gebildet, Erfahrungen auszutauschen und die Probleme des Wiederaufbaues nach dem Kriege zu besprechen. Sie kommen aus freien und okkupierten, kriegführenden und neutralen, halbfaschistischen und faschistischen Ländern. Sie fühlen sich verbunden durch ihre demokratische Überzeugung und sozialistische Zielsetzung und sind erfüllt von dem Bewusstsein der grossen Mission der internationalen Arbeiterbewegung bei der Gestaltung des neuen Friedens.

Wir grüssen die Genossen und Gesinnungsfreunde in anderen Ländern und fordern sie zu einem internationalen Meinungsaustausch auf. Unsere Diskussionsgrundlage wird nicht im Namen von Parteien oder anderen Organisationen vorgelegt, sondern unter persönlicher Verantwortung des Stockholmer Kreises. Sie soll als Rahmen für eine Diskussion betrachtet werden, die unter uns selbst in der Absicht weiter geführt wird, konkretere und praktischere Richtlinien für die Lösung der hier behandelten Fragen zu erarbeiten.

Wir schlagen vor, dass der internationale Kampftag der Arbeiterbewegung – der 1. Mai – benutzt wird, um die Friedensziele des demokratischen Sozialismus klarzulegen, sowohl bei den offenen

Manifestationen in der freien Welt wie bei den geheimen Zusammenkünften der treuen Kader der Bewegung im unterjochten Europa. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, dass der 1. Mai 1944 den Kräften der Freiheit, des Fortschritts und des Sozialismus in der ganzen Welt die Möglichkeit zu gemeinsamen Demonstrationen im Zeichen des Wiederaufbaues und der schöpferischen Erneuerung geben möge.

Der Friede muss gewonnen werden.

In Übereinstimmung mit den wahren Interessen aller Völker, erstreben die demokratischen Sozialisten einen gerechten und dauerhaften Frieden. Der Sieg der Vereinten Nationen² über Hitler-Deutschland und seine Verbündeten ist die Voraussetzung für einen gerechten und dauerhaften Frieden.³

Der Krieg kann militärisch gewonnen und politisch verloren werden. Der wirkliche Sieg wird erst erreicht, wenn die gesellschaftlichen und internationalen Verhältnisse überwunden worden sind, aus denen die faschistische und nazistische Gefahr hervorgegangen ist. Von den politischen und sozialen Umwälzungen, die der Niederlage des Nazismus folgen werden, wird es abhängen, ob der Krieg in seine logische Konsequenz ausmünden wird.

Die Arbeiterklasse und die sozial fortschrittlichen Kräfte in den verschiedenen Ländern müssen Garantien dafür schaffen, dass die Kriegskatastrophe sich nicht wiederholt. Um einen stabilen Frieden zu schaffen, müssen diejenigen politischen und ökonomischen Massnahmen getroffen werden, die erforderlich sind, um die Demokratie zu sichern und alle wichtigen Entscheidungen in die Hand des Volkes zu legen.

Schon heute, während der Krieg noch andauert, zeigen sich halbfaschistische, autoritäre und andere reaktionäre Tendenzen. Sie können zu einer ernsthaften Gefahr für die Sache des Friedens und der Demokratie werden. Es ist die Pflicht demokratischer Sozialisten, die antidemokratischen Kräfte in ihren eigenen Ländern mit aller Kraft zu bekämpfen.

Unsere Ziele.

Die sozialistischen Kräfte treten für den totalen Sieg über Nazismus und Faschismus ein. Sie kämpfen für:

Volksherrschaft, persönliche Freiheit und Rechtssicherheit, ökonomische und soziale Gerechtigkeit in den einzelnen Ländern.

Umfassende Kontrolle über die Wirtschaft, um Krisen zu verhindern, Ordnung und Effektivität zu schaffen und die grösstmögliche wirtschaftliche und soziale Gleichstellung zu erreichen. Sicherung des Bestimmungsrechtes des Volkes durch Sozialisierung in dem Sinne, dass die Gesellschaft durch demokratische Organe und freie Organisationen die wichtigsten Zweige der Produktion, des Finanzwesens und der Verteilung übernimmt oder in gesicherter Weise reguliert. Planwirtschaft mit dem Zweck, ausreichend Verbrauchsgüter zu erzeugen, dem ganzen Volke das Recht auf Arbeit und Wohlstand zu sichern und dem Fortschritt und der Kultur zu dienen.

Frieden und Zusammenarbeit, Respekt vor Gesetz und Recht, Verbannung von Angriffspolitik und ökonomischen Imperialismus zwischen den Völkern.

Internationale Planung unter demokratischer Kontrolle, um allen Nationen einen rationellen Austausch von Waren und Diensten sowie die Ausnutzung von Rohstoffquellen, Krediten und technischen Errungenschaften zu sichern und um den ökonomischen und sozialen Standard zwischen den Völkern auszugleichen.

Wir kämpfen national und international für eine sozialistische Demokratie.

Die vier Freiheiten.

Von verantwortlicher Seite in den alliierten Ländern sind Prinzipien aufgestellt worden, die weitgehend mit den Gedanken übereinstimmen, deren Träger die internationale Arbeiterbewegung schon lange vor dem Kriege war.⁴

Die demokratischen Sozialisten schliessen sich vorbehaltlos Roosevelts ebenso einfacher wie verheissungsvoller Programmerkla-

rung an: Meinungsfreiheit, Gewissensfreiheit, Freiheit von Not und Freiheit von Furcht.

Die Atlantic-Deklaration vom August 1941, der sämtliche alliierte Regierungen zugestimmt haben, basiert auf der Anerkennung dieser vier Freiheiten. Sie wird nicht das letzte Wort der Demokratie sein können, aber wir meinen, dass die in ihr festgelegten Grundsätze eine brauchbare Grundlage für die weitere Arbeit bilden.

Die demokratischen Sozialisten müssen dagegen ankämpfen, dass die Friedensziele der Demokratien durch die Hassgefühle verwirrt werden, die als eine verständliche Folge des barbarischen Vorgehens der Nazisten wachsen.

Der Friede muss auf Vernunft aufgebaut werden. Hass bildet keine haltbare Friedensgrundlage. Die Nachkriegspolitik darf nicht von Rache beherrscht werden, sondern muss vom Willen zum gemeinsamen Wiederaufbau getragen sein.⁵

Die nationale Einheit, die im Kampf gegen den Nazismus einen neuen Aufschwung genommen und eine grosse Rolle gespielt hat, reicht nicht aus, wenn der neue Friede geschaffen werden soll. Die Probleme, die der Krieg aufgeworfen hat und die beim Friedensschluss gelöst werden müssen, sind nicht an Landesgrenzen gebunden; sie müssen in einem internationalen Massstab gelöst werden.

Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen.

Die Atlantic-Deklaration stellt fest, dass die Vereinten Nationen nicht nach Eroberung territorialer oder anderer Art trachten. Sie wünschen auch nicht, dass territoriale Veränderungen durchgeführt werden, die nicht mit den frei ausgedrückten Wünschen der davon berührten Bevölkerung übereinstimmen.⁶ Stalin hat bei mehreren Gelegenheiten unterstrichen, dass die Sowjetunion einen Verteidigungskrieg führt und keine Eroberungspläne oder aggressiven Absichten gegen andere Länder hegt. Von <Tschangkaischeks>⁷ Seite liegen gleichartige Erklärungen über die Politik Chinas vor.

Das Selbstbestimmungsrecht aller Nationen und das Recht aller Völker, ihr eigenes Leben führen zu können, gehören demnach zu den erklärten Friedenszielen der Vereinten Nationen.⁸

Die Regierungen der Vereinten Nationen haben sich verpflichtet, allen Völkern die nationale Freiheit zurückzugeben, denen sie mit Gewalt genommen wurde.

Wir unterstreichen diese Grundsätze und betrachten es als eine Pflicht der demokratischen Sozialisten, an ihnen festzuhalten, falls sie im weiteren Verlauf des Krieges oder in Verbindung mit dem Friedensschluss umstritten werden sollten.⁹

Schutz der Minderheiten.

Das Nationalitätenprinzip kann bei der Festsetzung der neuen Staatsgrenzen in Mittel-, Ost- und Südeuropa nicht allein bestimmend sein. Wie immer auch die Grenzen gezogen werden, wird es weiterhin nationale Minderheiten geben. Föderative Ordnungen sind die einzige vernünftige Lösung dieses Problems.

Minderheiten müssen ihre wirtschaftlichen, sozialen, nationalen und kulturellen Interessen wahrnehmen können, und es muss ihnen Selbstverwaltung eingeräumt werden. Den Bürgern der Minderheiten ist die wirtschaftliche, soziale, nationale und politische Gleichberechtigung im Staate verfassungsmässig zu sichern. Diese Rechte müssen international garantiert werden.

Durch effektive internationale Organe müssen Garantien dafür geschaffen werden, dass auch kleinere Gruppen und Einzelindividuen ihre nationalen und übrigen Rechte ausüben können. Solche Garantien setzen voraus, dass die betreffende Bevölkerungsgruppe gegenüber dem Staat, dem sie angehört, volle Loyalität wahrt.

Das durch die nationale Ansiedelung und Umsiedlung von Bevölkerungsgruppen entstandene Unrecht muss wieder gut gemacht und es muss verhindert werden, dass neues Unrecht geschaffen wird.

Zu den Prinzipien der neuen internationalen Ordnung muss auch eine grössere Freizügigkeit von einem Lande ins andere gehören, als sie in der Zwischenkriegsperiode bestanden hat. Diese Forderung ist in

hohem Masse sozialer Art; den breiten Schichten des Volkes müssen die Möglichkeiten der Freizügigkeit gesichert werden.

Bestrafung der Kriegsverbrecher.

Es ist eine Forderung der Gerechtigkeit, dass die für den Krieg und die grenzenlosen Verbrechen gegen die unterdrückten Völker Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen und bestraft werden müssen. Zu diesem Zwecke müssen überstaatliche Gerichtshöfe eingesetzt werden.

In Verbindung mit der organisierten rechtlichen Aburteilung der Kriegs- und Okkupationsverbrechen müssen alle geheimen Dokumente über die Vorgeschichte des Krieges der Öffentlichkeit vorgelegt werden. Neben den erforderlichen internationalen Kontrollmassnahmen dürfen Strafmassnahmen gegen ganze Völker oder Bevölkerungsgruppen nicht erfolgen. Churchill und Roosevelt haben auch in Zusammenhang mit der Konferenz in Casablanca im Januar 1943 festgestellt, dass die Alliierten nicht die Absicht haben, die Bevölkerung in den besiegten Ländern zu vernichten und sie einer grausamen Behandlung zu unterwerfen. Stalin hat vom Rassenhass gegen bestimmte Völker Abstand genommen und unterstrichen, dass die Sowjetunion beabsichtige, nur den Hitlerstaat zu vernichten, aber nicht Deutschland selbst.

Wir schliessen uns diesen Gesichtspunkten an und glauben, dass die Arbeiterbewegung in den verschiedenen Ländern die wichtige Aufgabe hat, einerseits darüber zu wachen, dass die Schuldigen ihrer verdienten Strafe nicht entslüpfen, und andererseits Strafmassnahmen gegen ganze Völker, die den Keim zu neuen Unfrieden bilden können, zu verhindern.

Entwaffnung und Abrüstung.

Die nazistischen und faschistischen Mächte müssen entwaffnet werden. Die Kriegsproduktion dieser Länder muss unter der Aufsicht internationaler Kontrollorgane zu Friedenszwecken umgebildet und es müssen Garantien zur Verhinderung neuer Angriffe geschaffen werden.

In Deutschland wird es für eine ernsthafte Demokratisierung lebenswichtig sein, dass der preussische Militarismus, der eine traditionelle Stütze der Reaktion und zuletzt des Nazismus war, ausser Spiel gesetzt wird.

Die Atlantic-Deklaration hat der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass alle Nationen sowohl aus realistischen wie moralischen Gründen auf die Anwendung von Gewalt verzichten werden. Die Entwaffnung der sogenannten aggressiven Staaten soll in der Erwartung geschehen, dass ein permanentes und umfassendes System der kollektiven Sicherheit errichtet wird. Deshalb werden auch Massnahmen zur Erleichterung der Rüstungslasten in Aussicht gestellt.

Die demokratischen Sozialisten können das Ziel einer entmilitarisierten Welt nicht aufgeben.

Solange die internationale Abrüstung nicht erreicht ist, müssen die Rüstungen und die militärischen Streitkräfte in allen Ländern einer internationalen Kontrolle unterstellt sein. Die Rüstungsindustrien sind zu verstaatlichen.

Kein neuer Isolationismus.

Hitler-Deutschland, unterstützt durch den Faschismus und faschistische Tendenzen in den verschiedenen Ländern, trägt die unmittelbare Verantwortung für den Krieg. In einem grösseren Zusammenhange gesehen ist es jedoch so – wie auch die englische Arbeiterpartei in ihrem Nachkriegsprogramm vom Frühjahr 1942 aufgezeigt hat¹⁰ –, dass die Verantwortung für die Verhältnisse, die den zweiten Weltkrieg möglich gemacht haben, auf das ganze alte System fällt. Sollen Garantien dafür geschaffen werden, dass der neue Friede von Dauer ist, gibt es keinen Weg zurück zur Welt von 1938.¹¹ Das Unrecht soll wieder gut gemacht werden, aber darüber hinaus müssen die Verhältnisse beseitigt werden, die es verursachten, dass die Jahre 1919 bis 1938 nur eine Zwischenkriegsperiode wurden.¹²

Der Bankrott des alten Völkerbundes war eine Folge von Isolationismus und engstirniger kapitalistischer Interessenpolitik. Sie

verhinderten die kollektive Sicherheit und die Überwindung der ökonomischen Kriegsursachen.¹³

Um eine lebensfähige internationale Rechtsorganisation zustande zu bringen, müssen alle Nationen freiwillig einen Teil ihrer Souveränität zugunsten der gemeinsamen Sicherheit aufgeben. Die Zeit des Isolationismus ist vorbei.

Die einzelnen Nationen verlieren nichts von ihrer Selbständigkeit, wenn sie die Lösung von militärischen, ökonomischen und anderen gemeinsamen Aufgaben einer internationalen Organisation überlassen.

Internationale Rechtsorganisation.

Nach diesem Kriege muss eine starke internationale Rechtsorganisation mit effektiven Organen geschaffen werden, um zwischenstaatliche Streitfragen zu regeln und um internationale Gesetzesbrecher unschädlich zu machen.¹⁴

Ein neuer Völkerbund muss weltumfassend sein. Es ist natürlich, dass er hervorsticht aus der Zusammenarbeit zwischen den im Kriege Vereinten Nationen. Nach einer möglichst kurzen Übergangszeit muss er jedoch allen Nationen offen stehen, siegreichen, neutralen und besiegten.

Wir stimmen den positiven Vorschlägen der englischen Arbeiterpartei zu, dass ein neuer Völkerbund die notwendige Macht haben muss, um militärische und ökonomische Sanktionen gegen jeden Staat, der sich Entscheidungen widersetzt, die von einem internationalen Gerichtshof getroffen werden, anwenden zu können.

Im Sinne der vier Freiheiten müssen Grundrechte für alle Menschen in allen Ländern garantiert werden. Internationale Organe müssen darüber wachen, dass die Staaten diese Rechte nicht kränken.

Ein neuer Völkerbund muss dem Willen des Volkes Ausdruck geben; er darf keine neue Diplomatenvertretung werden. Die wichtigsten Organe des Bundes müssen aus vom Volke gewählten Vertretern zusammengesetzt sein. Die Grossmächte dürfen nicht auf Kosten der kleinen Nationen dominieren.

In einem neuen Völkerbund eingeordnet oder mit ihm koordiniert müssen überstaatliche Organe für die Lösung von Sonderaufgaben wirtschaftlicher und anderer Art gebildet werden.¹⁵

Regionale Einheiten.

Es ist anzustreben, dass im Rahmen einer internationalen Rechtsordnung und um diese organisch zu festigen, regionale Zusammenschlüsse von Ländern mit gemeinsamen Interessen gebildet werden.¹⁶

Für die zukünftige europäische Zusammenarbeit ist es von grösster Bedeutung, dass die kleineren Länder sich gruppenweise in regionalen Föderationen zusammenschliessen. Sie erhalten dadurch bessere Bedingungen, um sich neben den grösseren Staaten behaupten zu können. Beim vorigen Frieden erhielt eine Reihe europäischer Staaten die nationale Selbständigkeit. Der neue Frieden muss ihnen diese Selbständigkeit zurückgeben, aber gleichzeitig der Kleinstaaterie einen Riegel vorschieben. Föderative Systeme in Europa sind eine Bedingung für die Sicherung des europäischen Friedens.

Durch weitreichende Handels-, Zoll- und Währungsabkommen und mit Hilfe anderer Massnahmen muss angestrebt werden, dass die regionalen politischen Zusammenschlüsse auch zu ökonomischen Einheiten werden.

Verständigung mit der Sowjetunion.

Die Errichtung einer internationalen Rechtsordnung und eines lebensfähigen Völkerbundes erfordern, dass kein Bruch zwischen der Sowjetunion und den angelsächsischen Demokratien eintritt. Wird die gegenwärtige Zusammenarbeit durch einen offenen Gegensatz abgelöst, droht die Gefahr eines neuen Krieges.¹⁷

Die demokratischen Sozialisten müssen alle Kräfte dafür einsetzen, dass die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen weitergeführt und ausgebaut wird. Sie müssen das ihrige dazu beitragen, um das Misstrauen aus dem Wege zu räumen, dass zwischen der Sowjetunion und den Demokratien bestanden hat.

Die ganze demokratische Welt bewundert den heldenhaften Kampf der Roten Armee und des russischen Volkes gegen die nazistische Überfallsmacht. Die Arbeiterbewegung und andere Kräfte des sozialen Fortschritts respektieren auch vollauf den grossartigen Aufbau, der seit der russischen Revolution stattgefunden hat und dem die besonderen Voraussetzungen der Sowjetvölker ihr Gepräge gaben.

Der russische Aufbau wurde durch die drohende Kriegsgefahr erschwert und durch den nazistischen Überfall abgebrochen. Die sozialistische Arbeiterbewegung hat in früheren Jahren auf internationalen Kongressen festgestellt, dass sie entschlossen ist, sich mit aller Kraft wirtschaftlichen, politischen und militärischen Massnahmen zu widersetzen, die die Sicherheit der Sowjetunion schädigen könnten. Alle aufrichtigen Demokraten und Freunde des Friedens müssen dem russischen Volke beim Wiederaufbau der zerstörten Landesteile helfen. Die demokratischen Sozialisten sind gewillt, der Sowjetunion volle Unterstützung auf allen Gebieten zuteil werden zu lassen, die für das Werk des sozialen Neuaufbaues und für die Erreichung der in der demokratischen Verfassung von 1936 niedergelegten Ziele von Bedeutung sein können.

Die Arbeiterbewegung in den anderen Ländern hat sich jedoch auf Grund der Verhältnisse in diesen Ländern geformt und muss sich weiterhin ausschliesslich auf Grund dieser Bedingungen entwickeln. Ihre gewerkschaftlichen und politischen Organisationen müssen selbständig und frei sein von ausländischer Einmischung und Kontrolle. Eine einige und unabhängige Arbeiterbewegung in allen Ländern ist die beste Garantie für eine wirkliche Annäherung zwischen allen Völkern und damit auch für die Sicherung der Errungenschaften der Sowjetvölker.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit.¹⁸

In ökonomischer Hinsicht verspricht die Atlantic-Deklaration, dass alle Staaten, grosse oder kleine, siegreiche ebenso wie besiegte, den gleichen Zugang zum Welthandel und zu den Rohstoffen haben sollen. Die Alliierten wünschen die Zusammenarbeit zwischen den Na-

tionen zu erweitern, um allen bessere Arbeitsverhältnisse, ökonomischen Aufstieg und soziale Sicherheit zu geben. Eine der grössten Gefahren nach dem Krieg liegt darin, dass die Weltwirtschaft in nationale Autarkien erstarrt. Diese Gefahr muss sofort durch energische Massnahmen abgewehrt werden, um unter den Nationen eine solche Arbeitsteilung und Ausnutzung der internationalen Ressourcen zu erreichen, die Voraussetzung für die Hebung des Wohlstandes und die Sicherung des Friedens ist.

Die im Kriege herangewachsene ökonomische Zusammenarbeit zwischen den Alliierten, die unter anderem darauf abzielt, den verarmten Ländern sofort nach Kriegsschluss Rohstoffe und Lebensmittel zuzuführen, muss weitergeführt werden.

Es muss eine internationale Kredit- und Garantieordnung zu dem Zweck errichtet werden, den Ländern zu helfen, die vor grossen Wiederaufbauproblemen stehen und die ihr Geldwesen reorganisieren müssen.

Das internationale Arbeitsamt muss erweitert und der Arbeiterinfluss verstärkt werden; es müssen Garantien dafür geschaffen werden, dass die Beschlüsse von den einzelnen Staaten auch durchgeführt werden.

Neben dem Arbeitsamt müssen neue Organe gebildet werden, um wirtschaftliche und soziale Wiederaufbauprobleme auf kürzere wie auf längere Sicht zu behandeln und um andere wirtschaftliche und soziale Fragen in Angriff zu nehmen, die für eine internationale Lösung reif sind.

Ökonomische Leistungen.

Die ökonomischen Werte und Kunstgegenstände, die den eroberten Ländern weggenommen wurden, müssen zurückgeliefert werden. Die notwendigen ökonomischen Korrekturen müssen so zeitig wie möglich vorgenommen werden.

Die Erfahrungen nach dem vorigen Weltkriege haben jedoch gezeigt, dass Reparationen keine brauchbare Grundlage für den wirtschaftlichen Wiederaufbau bilden. Die durch den Krieg verursachte

furchtbare Zerstörung und Verarmung kann nur durch gemeinsame Anstrengungen aller Länder überwunden werden.

Damit die einzelnen Länder ihren Beitrag zum wirtschaftlichen Wiederaufbau leisten können, müssen die Sozialisten in ihren Ländern neben anderen ökonomischen Forderungen dafür eintreten, dass der Staat die Kriegsgewinne völlig beschlagnahmt, gleichgültig in welcher Form sie sich darstellen.

Die Atlantic-Deklaration hat festgestellt, dass die besiegten Länder wirtschaftlich nicht ruiniert werden sollen. Neben den auf sie entfallenden Beiträgen für den Wiederaufbau dürfen ihnen keine Lasten auferlegt werden, die auf Jahre hinaus bedrücken. Ein langanhaltender niedriger Lebensstandard in den besiegten Ländern würde leicht den Standard auch in anderen Ländern herunterdrücken und der Reaktion in diesen Ländern Vorschub leisten.

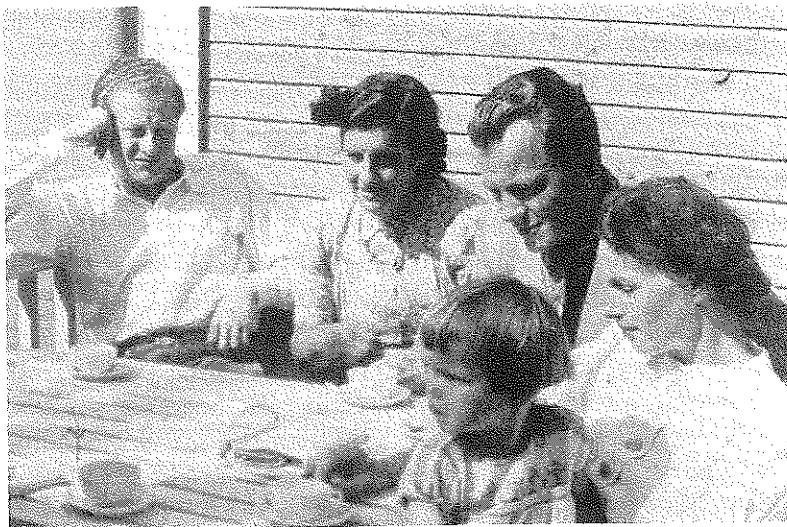
Internationale Planwirtschaft.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit nach dem Kriege muss der Keim zur Entwicklung einer internationalen Planökonomie werden.

Die entscheidende Auseinandersetzung darüber, welche Prinzipien dem Wiederaufbau und der zukünftigen ökonomischen Politik zugrunde gelegt werden sollen, wird in der Hauptsache in den einzelnen Ländern erfolgen. Es würde ein ausgesprochener Rückschritt sein, wenn die während der Kriegszeit entwickelte staatliche Kontrolle des Wirtschaftslebens zu den sogenannten freien kapitalistischen Verhältnissen zurück revidiert würde. Die Staatskontrolle muss vielmehr als Ausgangspunkt benutzt werden, um zunächst Chaos zu verhindern und um dann weiter die Produktion und Distribution planmässig umzugestalten, und zwar nach dem eigenen Willen des Volkes durch demokratische Organe.

Internationale Planwirtschaft erfordert Plan und Ordnung im Wirtschaftsleben der einzelnen Länder. Man kann jedoch die internationale ökonomische Zusammenarbeit nicht aufschieben, bis die Verhältnisse in den einzelnen Ländern geklärt sind. Auf längere Sicht wird sowohl diese Zusammenarbeit wie der neue Friede davon ab-





Aus der politischen Zusammenarbeit in der Internationalen Gruppe demokratischer Sozialisten in Stockholm entwickelte sich eine lebenslange Freundschaft zwischen Willy Brandt und dem späteren österreichischen Bundeskanzler Bruno Kreisky. Auf dem Foto aus dem Jahr 1944 von links: Bruno Kreisky, Vera Kreisky, Willy Brandt, seine Frau Carlota und Tochter Ninja.

hängen, ob es in den einzelnen Ländern gelingt, den Einfluss der Grossfinanz und anderer privilegierter Gruppen zugunsten von Planwirtschaft im Interesse des Volkes und unter seiner Kontrolle auszuschalten.

Hilfe für die Kolonialvölker.¹⁹

Die sozialistische Arbeiterbewegung fordert in Übereinstimmung mit anderen fortschrittlichen Kräften eine entscheidende Änderung der Politik gegenüber den kolonialen und halbkolonialen Ländern. Die demokratischen Sozialisten fühlen sich solidarisch mit den national-demokratischen Bewegungen in den Kolonien und bekämp-

fen alle Tendenzen zu rassenmässigen Vorurteilen und zur Diskriminierung farbiger Völker. Die zukünftige Politik muss zum Ziele haben, den Kolonialvölkern zu helfen, raschestens die Bedingungen zu erreichen, die ihnen die Übernahme der Selbstverwaltung ermöglichen.

Alle Gebiete, die vorläufig noch nicht zur Selbstverwaltung imstande sind, müssen einer effektiven internationalen Kontrolle unterstellt werden, mit der Aufgabe, die Interessen der eingeborenen Bevölkerung auf lange Sicht wahrzunehmen.

Es müssen ernsthafte Staatsmassnahmen getroffen werden, um das soziale und kulturelle Niveau in den Kolonien zu heben. Um eine allgemeine Aufstiegsperiode nach dem Kriege zu erreichen, wird die Hebung des Lebensstandards in den kolonialen und halbkolonialen Ländern von Bedeutung sein. Der Prozess der Selbstständigmachung der Kolonialvölker würde dadurch auf entscheidende Weise gefördert werden. Um die Ausbeutung der Eingeborenen zu verhindern, müssen alle privatkapitalistischen Interessen in den Kolonien ausgeschaltet oder zumindest mit Hilfe nationaler oder internationaler Kontrollmassnahmen stark begrenzt werden.

Die Demokratisierung Deutschlands.

Trotz des Treibens der Nazisten darf nicht aus dem Auge verloren werden, dass die Demokratisierung Deutschlands ein positives Kriegsziel sein muss.²⁰

Die Arbeiterpartei und andere Kreise in England haben auch zu erkennen gegeben, dass die Vereinten Nationen aus eigenem Interesse und um den künftigen Frieden zu sichern, daran interessiert sein müssen, in Deutschland wie in Italien und den anderen Diktatorländern einem demokratischen Regime zum Durchbruch zu verhelfen.

Die Zerstörung aller freien Organisationen und die nazistische Vergiftung der Jugend bilden zusammen mit den materiellen Folgen des Krieges und der Niederlage keinen glücklichen Ausgangspunkt

für den Aufbau einer deutschen Demokratie. Trotzdem muss diese Aufgabe gelöst werden. Sie kann nicht von aussen gelöst werden. Die demokratische Welt muss jedoch durch zweckdienliche Massnahmen bei der Umbildung des gesellschaftlichen Lebens in Deutschland mit helfen; sie hat auch ein Anrecht darauf, diese Umbildung in effektiver Weise zu kontrollieren, um die demokratischen Kräfte zu stärken und deren Feinde überwinden zu helfen.

Die Voraussetzung für die Erfüllung dieser Aufgabe ist eine intime Zusammenarbeit mit den deutschen Demokraten und Anknüpfung an die demokratischen Traditionen Deutschlands.

Die deutsche Revolution, die beim Zusammenbruch des Nazismus ausgelöst werden wird – ebenso wie die Revolutionen in einer Reihe anderer europäischer Länder –, wird sich nicht ausschliesslich auf das politische Gebiet beschränken können. Soll der Nazismus überwunden werden, müssen die sozialen Hauptkräfte mit getroffen werden, die ihn gestützt haben: Die verhängnisvolle Allianz zwischen Grossindustriellen, Junkern und Generalen. Ihre wirtschaftliche Macht muss gebrochen werden.

Die Arbeiterklasse wird bei dieser Umbildung ein wichtiger Faktor sein und sie wird zweifellos versuchen, die Demokratie durch Massnahmen sozialistischer Art zu verankern. Das wäre auch der sicherste Weg, um den gefährlichen Einfluss der Grossindustriellen und Junker auf den Staat und die damit verbundene Kriegsgefahr zu beseitigen. Eine Weiterführung der demokratischen Revolution in sozialistischer Richtung wird mit grosser Wahrscheinlichkeit auch in anderen Ländern aktuell werden.

Damit wird es von grosser Bedeutung sein, ob dann die Mittel der Siegermächte und ihre sich auf dem Kontinent befindlichen Truppen dazu gebraucht werden, eine solche Entwicklung zu fördern oder sie zu erschweren. Die englische Arbeiterpartei hat bereits in ihrem Nachkriegsprogramm erklärt, dass sie sich „jedem Versuch seitens der Siegermächte, ihre militärische und wirtschaftliche Macht dazu zu benutzen, um die Entscheidung der einzelnen Völker über die Entscheidung ihres eigenen Schicksals zu hindern“, widersetzen würde, unter der Voraussetzung, dass die betreffenden Völker die vier

Freiheiten und deren internationale Konsequenzen anerkennen und respektieren. Wir schliessen uns dieser Auffassung an. Interventionen gegen demokratische und sozialistische Volksbewegungen würden nicht nur im Widerspruch zum Geist der Atlantic-Deklaration stehen, sie würden auch die Reaktion in den Ländern stärken, von denen die Intervention ausginge.

Die Internationale muss vorbereitet werden.

Die demokratische Bewegung nach dem Zusammenbruch des Nazismus wird einen gewaltigen Aufschwung für die Arbeiterparteien und andere sozial fortschrittliche Bewegungen in den verschiedenen Ländern auslösen. Es wird dann von grösster Bedeutung sein, dass die Arbeiterbewegung in allen Ländern eine klare internationalistische Einstellung besitzt und internationale Verbindung und Koordination herstellt. Es ist deshalb wichtig, dass noch während des Krieges alles getan wird, die zukünftige internationale Zusammenarbeit vorzubereiten, damit sie sofort nach Kriegsschluss aufgenommen werden kann.

Wir begrüssen mit Freude, dass von seiten der Gewerkschafts-internationale bereits Vorbereitungen für ihren Wiederaufbau getroffen worden sind.

Wir schliessen uns der Forderung an, dass die Gewerkschafts-internationale auf den Friedenskonferenzen vertreten sein muss. Auch der Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern muss eine Vertretung in den Delegationen gesichert werden. Es muss darüber gewacht werden, dass auch im übrigen die Delegationen aus zuverlässigen Demokraten bestehen.

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale muss reorganisiert und mit technischen Mitteln ausgestattet werden, die es ermöglichen, die Tätigkeit der Sozialisten im neuen Völkerbund und innerhalb anderer Zweige der internationalen Zusammenarbeit zu koordinieren. Die Parteien müssen von Beginn an dem Kontakt mit den Bruderparteien in anderen Ländern die grösste Aufmerksamkeit widmen.

Internationale Arbeiter-Einheit.

Wir sind Anhänger der Arbeiter-Einheit: gewerkschaftlich wie politisch, national und international. Wir treten darum für eine einheitliche Sozialistische Internationale ein.

Die traurigen Erfahrungen während der letzten 25 Jahre, besonders in Mitteleuropa, haben gelehrt, dass die Spaltung nur der Reaktion dient und dem Faschismus den Weg geebnet hat. Wenn die Arbeiterbewegung Erfolg haben will, muss sie sich einig sein in den Zielen, in den Grundsätzen ihres Kampfes und in ihrer Organisation.

Es ist zu hoffen, dass die englisch-russische Zusammenarbeit weiterentwickelt werden kann und dass die beiden grossen Flügel der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung mit in die internationale Gemeinschaft kommen.

Einheit wird nur auf demokratischer Grundlage erreicht werden können.

Die Internationale kann nicht die Aufgabe haben, in die Tätigkeit der einzelnen Parteien einzugreifen, aber sie muss ausreichende Autorität erhalten, um durch demokratische Beschlüsse verpflichtende Richtlinien in grossen internationalen Fragen aufstellen zu können.

Die zukünftige sozialistische Internationale muss über die europäische Begrenzung hinauskommen und mit den radikal-sozialen Volksbewegungen in den aussereuropäischen Ländern Kontakt herstellen. Das Ziel ist, ein zusammenfassendes Organ für die demokratisch-sozialistischen Fortschrittskräfte über die ganze Welt zu schaffen, damit die Zusammenarbeit zwischen den Nationen gestützt und vertieft werden kann.

Nr. 6

Aus dem Artikel Brandts

**„Ny Dag erhält eine Antwort auf eine Verleumdung.
Offener Brief an die Kommunisten“**

August 1943

Trots allt!, 5. Jg., Nr. 34, 20.–26. August 1943, S. 2 und 14 (Übersetzung aus dem Schwedischen: Einhart Lorenz).¹

Eine Anzahl norwegischer Kommunisten hat auf mein letztes Buch² sauer reagiert. Ich habe sie kritisiert, und sie haben sich zur Wehr gesetzt. Das ist ihr gutes Recht. Aber norwegische und schwedische Kommunisten sind weiter gegangen. Sie haben die politische Diskussion verlassen und mit ebenso ehrlosen wie ehrenrührigen Beschuldigungen begonnen. Haben sie sich im Ernst gedacht, dass ich mir das schweigend mit ansehen werde? Selbstverständlich tue ich das nicht.

Ich habe mich entschlossen, mich mit den öffentlichen Angriffen in Ny Dag³ vom 22. Juni und 14. August und in der Nummer 22 von Friheten zu befassen.⁴ Sie beziehen sich auf folgendes:

1.) Man ist mit meinen Bemerkungen über die Haltung der norwegischen kommunistischen Partei während der ersten Besatzungsperiode unzufrieden.

2.) Ich werde beschuldigt, Denunziant zu sein und „unsere besten Landsleute der Gestapo und der Besatzungsmacht auszuliefern“.

3.) Die Kommunisten klagen mich an, Deutscher zu sein. Der Aufmacherartikel in Friheten trägt die Überschrift „Der Deutsche in Stockholm“.

4.) Ich soll „eine bestimmte Sorte von einem Deutschen, ein Deutscher mit zweifelhafter Vergangenheit“ sein.

5.) Ich soll noch vor kurzem zu „den bittersten Feinden der Sowjetunion innerhalb der Arbeiterbewegung“ gehört haben.

Lasst mich die Beschuldigungen Punkt für Punkt behandeln. Ich werde dabei mit meiner Darstellung der Politik der norwegischen

das Brandt gemeinsam mit Olov Jansson am 31. Juli 1942 gegründet hatte. Das Büro belieferte 70 schwedische Tageszeitungen mit Nachrichten über den norwegischen Widerstand.

17 Brandt hatte sich im Rahmen des Studienzirkels norwegischer Sozialdemokraten mit Fragen der Nachkriegspolitik beschäftigt und hatte in diesem Zusammenhang gemeinsam mit Tranmæl die „Diskussionsgrundlag om våre fredsmål“ ausgearbeitet. Ab Herbst 1942 arbeitete er an einer Vorstudie für das Buch „Efter segern“ (Nach dem Siege), die anonym unter dem Titel „Krigs- og fredsmål“ (Kriegs- und Friedensziele) Ende 1943 in Stockholm erschien.

18 Brandts Frau und Tochter.

19 Hs. unterzeichnet.

Nr. 5

1 Die verfielfältigte Version des Textes ist auf März 1943 datiert. Der Öffentlichkeit wurden die „Friedensziele der demokratischen Sozialisten“ auf der Internationalen Maifeier 1943 im Medborgarhuset im Stockholmer Stadtteil Söder von Brandt vorgestellt. (Text der Ansprache Brandts ebenfalls in: AAB, Bestand Internationale Gruppe demokratischer Sozialisten). Neben dem federführenden Brandt wirkten an der Ausarbeitung des Textes Martin Tranmæl, Stefan Szende, Fritz Tarnow, Gunnar Myrdal, Bruno Kreisky und eventuell auch Ernst Paul mit (*Misgeld, Klaus*: Die „Internationale Gruppe demokratischer Sozialisten“ in Stockholm 1942–1945, Uppsala-Bonn 1976, S. 90). Die Erstveröffentlichung auf Schwedisch erfolgte in *Fackföreningsrörelsen* (Stockholm), 23.–30. April 1943, S. 385–390. In der Veröffentlichung in *Brandt* 1966, S. 291 ff., die etwa ein Drittel des Textes enthält, sind Streichungen grundsätzlich nicht kenntlich gemacht. Der

dort veröffentlichte Text weicht außerdem sprachlich in zahlreichen Fällen von der Vorlage ab.

2 Unter den „Vereinten Nationen“ sind in diesem Text die 26 alliierten Nationen der Anti-Hitler-Koalition zu verstehen, die am 1. Januar 1942 den Washington Pakt unterzeichneten, sowie die Nationen, die sich in der nachfolgenden Zeit dem Pakt anschlossen. – In der Veröffentlichung in *Brandt* 1966 hier und bei anderen Erwähnungen: Vereinte Nationen.

3 Dieser und der folgende Absatz wurden in *Brandt* 1966, S. 291 f., veröffentlicht.

4 Dieser und die beiden folgenden Absätze wurde in ebd., S. 292, veröffentlicht.

5 Dieser und der folgende Absatz wurden in ebd., S. 292 f., veröffentlicht.

6 Der Anfang dieses Absatzes wurde in ebd., S. 293, veröffentlicht.

7 Richtig: Tschiang Kai-scheck.

8 Dieser Absatz wurde in *Brandt* 1966, S. 293, veröffentlicht.

9 Dieser Absatz wurde in ebd., S. 293, veröffentlicht.

10 Das Programm der britischen Arbeiterpartei (The old world and the new society: a report on the problems of war and peace reconstruction, London 1942), das auf dem Parteitag im Mai 1942 verabschiedet wurde, erschien 1942 in Stockholm in einer schwedischen Übersetzung mit dem Titel „Den gamle världen och det nya samhället“.

11 Der Anfang dieses Absatzes wurde in *Brandt* 1966, S. 293, veröffentlicht. Dort endet dieser Satz: „so darf es keinen Weg zurück zur Welt von 1938 geben“.

12 Labour, the War, and the Peace. A Declaration of Policy by the National Executive of the British Labour Party February 9, 1940, London 1940.

13 Dieser und die beiden folgenden Absätze wurden in *Brandt* 1966, S. 293 f., veröffentlicht.

14 Dieser und die folgenden vier Absätze wurden in ebd., S. 295, veröffentlicht.

15 In ebd., S. 294 f., wurde dieser Absatz in folgender Version veröffentlicht: „Eingeordnet oder mit ihm koordiniert, müssen in einem neuen Völkerbund überstaatliche Organe für die Lösung von Sonderaufgaben wirtschaftlicher und anderer Art existieren“.

16 Dieser und die beiden folgenden Absätze wurden in ebd., S. 295, veröffentlicht.

17 Dieser und der folgende Absatz wurden in ebd., S. 295, veröffentlicht.

18 Der gesamte Abschnitt „Wirtschaftliche Zusammenarbeit“ wurde in ebd., S. 295 f., veröffentlicht.

19 Der gesamte Abschnitt „Hilfe für die Kolonialvölker“ wurde in ebd., S. 296 f., veröffentlicht.

20 Dieser und die drei folgenden Absätze wurden in ebd., S. 297 f., veröffentlicht.

Nr. 6

1 Im WBA, B 25 befinden sich zwei Exemplare des „Offenen Briefs an die Kommunisten“, davon eine Übersetzung, deren Entstehung nicht geklärt ist, mit Korrekturen, die den Vermerk „Übersetzung! muß revidiert werden“ trägt und die bei der vorliegenden Übersetzung zu Rate gezogen wurde.

2 Gemeint: *Brandt, Willy*: Norges tredje krigsår, Stockholm 1943.

3 *Ny Dag* war das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Schwedens.

4 Gemeint: A. D.: Norges tredje krigsår, in: *Ny Dag*, 22. Juni 1943; Vem är Willy Brandt?, in: *Ny Dag*, 14. August 1943; Tyskeren i Stockholm, in: *Friheten*, Nr. 22. *Friheten* erschien ab Herbst 1941 als wichtigste illegale Zeitung der norwegischen Kommunisten.

5 *Brandt* 1943 [a], S. 109 ff.

6 In den „Reichsratsversammlungen“, die zwischen Juni und September 1940 zwischen dem deutschen Reichskommissariat für Norwegen und Vertretern des Parlaments, der Wirtschaft und der großen Organisationen geführt worden war, hatten die norwegischen Vertreter weitgehende Forderungen der Besatzungsmacht akzeptiert, u. a. auch die Forderung nach einer Absetzung des Königs und der legalen Regierung.

7 *Brandt* 1943 [a], S. 112.

8 Gemeint: Partisanenkrieg.

9 Gemeint: *Brandt, Willy*: Guerillakrig. Das Buch war am 11. Juni 1942 in Stockholm erschienen.

10 *Brandt* 1943 [a], S. 112 f.

11 Ebd., S. 113.

12 *Fri Fagbevegelse* war seit Weihnachten 1940 die wichtigste illegale Zeitung der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung Norwegens.

13 *London-Nytt* war die größte illegale Zeitung, die während des Kriegs in Norwegen verbreitet wurde. Von ihr erschienen 540 Ausgaben mit einer Gesamtauflage von mindestens 1,5 Millionen Exemplaren. Der Artikel aus *London Nytt* wurde im Anschluss an Brandts Artikel in *Trots allt!* veröffentlicht.

14 *Folkets Dagblad* war die Zeitung der Sozialistiske Partiet, einer ursprünglich linkssozialistischen Partei, mit der die SAP zusammengearbeitet hatte, die sich aber 1937 gespalten hatte. Während des Zweiten Weltkriegs entwickelte sich die Rest-Partei unter Nils Flyg in national-sozialistische Richtung.

15 Gemeint: Schwedens Sozialistische Partei (Socialistiska Partiet).

16 Die Partido Obrero de Unificación Marxista war die „Schwesterpartei“ der SAP in Spanien. Brandt hatte im Februar 1937 den Parteiauftrag erhalten, als Vertreter des

WILLY BRANDT

Berliner Ausgabe

Herausgegeben von

HELGA GREBING, GREGOR SCHÖLLGEN
und HEINRICH AUGUST WINKLER

Im Auftrag der
Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

BAND 1:

Hitler ist nicht Deutschland.

Jugend in Lübeck – Exil in Norwegen 1928 – 1940

BAND 2:

Zwei Vaterländer.

Deutsch-Norweger im schwedischen Exil –
Rückkehr nach Deutschland 1940 – 1947

BAND 3:

Berlin bleibt frei.

Politik in und für Berlin 1947 – 1966

BAND 4:

Auf dem Weg nach vorn.

Willy Brandt und die SPD 1947 – 1972

BAND 5:

Die Partei der Freiheit.

Willy Brandt und die SPD 1972 – 1992

BAND 6:

Ein Volk der guten Nachbarn.

Außen- und Deutschlandpolitik 1966 – 1974

BAND 7:

Mehr Demokratie wagen.

Innen- und Gesellschaftspolitik 1966 – 1974

BAND 8:

Über Europa hinaus.

Dritte Welt und Sozialistische Internationale

BAND 9:

Die Entspannung unzerstörbar machen.

Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1974 – 1982

BAND 10:

Gemeinsame Sicherheit.

Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982 – 1992

WILLY BRANDT

Berliner Ausgabe

BAND 2

Zwei Vaterländer

Deutsch-Norweger im schwedischen Exil –
Rückkehr nach Deutschland

1940 – 1947

Bearbeitet von

EINHART LORENZ



A 00 - 05535

Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH

Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung bedankt sich für die großzügige finanzielle Unterstützung der gesamten Berliner Ausgabe bei:

Frau Ursula Katz, Northbrook, Illinois

Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung, Essen

Otto Wolff von Amerongen-Stiftung, Köln

Bankgesellschaft Berlin AG

Deutsche Bank AG, Frankfurt/Main

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft m.b.H., Hamburg

Herlitz AG, Berlin

Metro AG, Köln

Schering AG, Berlin

Die Bearbeitung des zweiten Bandes wurde ermöglicht durch eine großzügige Spende von Frau Ursula Katz, Northbrook, Illinois, USA, zum Gedenken an ihre Eltern, Herrn Wilhelm Neuendorf und Frau Elsa Neuendorf.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Brandt, Willy:

Zwei Vaterländer : Deutsch-Norweger im schwedischen Exil, Rückkehr nach Deutschland ;

1940 – 1947 / Willy Brandt.

Bearb. von Einhart Lorenz. – Bonn : Dietz, 2000

(Willy Brandt ; Bd. 2)

ISBN 3-8012-0302-6

© Copyright der deutschsprachigen Ausgabe

Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger GmbH, Bonn

© Copyright für alle übrigen Sprachen

Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Berlin

Lektorat: Dr. Heiner Lindner

Umschlag und Layout-Konzept:

Groothuis & Consorten, Hamburg

Satz: Medienhaus Froitzheim Bonn, Berlin

Druck und Verarbeitung: Ebner Ulm

Printed in Germany 2000

Inhalt

Willy Brandt – Stationen seines Lebens	7
--	---

Vorwort der Herausgeber	II
-------------------------	----

EINHART LORENZ

Einleitung

„Ich arbeite dafür, zwei Vaterländer wiederzugewinnen –
ein freies Norwegen und ein demokratisches Deutschland.“

Willy Brandts Exiljahre 1940 – 1947	15
-------------------------------------	----

Verzeichnis der Dokumente	53
---------------------------	----

Dokumente	57
-----------	----

Anmerkungen	335
-------------	-----

Anhang

Quellen- und Literaturverzeichnis	370
-----------------------------------	-----

Abkürzungsverzeichnis	380
-----------------------	-----

Editionsgrundsätze	384
--------------------	-----

Personenregister	389
------------------	-----

Sachregister	411
--------------	-----

Bildnachweis	423
--------------	-----

Angaben zum Bearbeiter und zu den Herausgebern	424
--	-----